

presse

AG Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

US-Regierung legt Raketenschildpläne auf Eis

*Zum heutigen Bericht des "Wall Street Journal", demzufolge die US-Regierung ihre Pläne für einen Raketenschild in Mitteleuropa aufgegeben habe, erklärt der Sprecher für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung der SPD-Bundestagsfraktion **Rolf Mützenich**:*

US-Präsident Obama macht anscheinend Ernst. Die US-Regierung plant nach Informationen des "Wall Street Journal", das sich wiederum auf US-Regierungskreise beruft, keinen Raketenschild in Osteuropa zu errichten. Damit trägt die US-Administration zahlreichen Bedenken in Russland, Europa und den Stationierungsländern Rechnung. Neben der Vermeidung neuer Spannungen in den russisch-amerikanischen Beziehungen liegt der Entscheidung wohl auch eine Neubewertung der Bedrohung durch den Iran zugrunde, da Teheran sein Programm zur Entwicklung von Langstreckenraketen nicht so schnell vorangetrieben habe, wie angenommen.

Falls sich diese Meldung bewahrheiten sollte, wäre dies ein wichtiger Schritt. Damit wäre das größte Hindernis für den START-I-Nachfolgevertrag aus dem Weg geräumt. Das Ziel, den Vertrag zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen (START) bis Ende des Jahres zu ersetzen, ist damit in greifbare Nähe gerückt. Damit kommen die Präsidenten der beiden Länder, die im Besitz von mehr als 95 Prozent der weltweit existierenden Atomwaffen sind, ihren Verpflichtungen aus Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages nach. Dies ist ein hoffnungsvolles Signal für die in 2010 anstehende Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages.

Kein Zweifel, es ist Bewegung in die Abrüstung gekommen: Dies belegen auch die neuen Gesprächsangebote der USA an Nordkorea und Iran, sowie der für kommende Woche in der UN-Vollversammlung anstehende, amerikanische Resolutionsentwurf für den UN-Sicherheitsrat, in dem gemeinsame internationale Anstrengungen im Kampf gegen die

Weiterverbreitung von Atomwaffen gefordert werden.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier bemüht sich seit langem unermüdlich darum, die Abrüstungspolitik voranzubringen, zuletzt durch die Ausrichtung eines hochrangigen Treffens zur Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa in Berlin. Die Bemühungen zur Rettung des KSE-Regimes könnten durch einen Verzicht auf die Raketenabwehrsysteme in Mitteleuropa ebenfalls neuen Schwung bekommen. Auf der Agenda stehen ferner das möglichst baldige Inkrafttreten des Atomteststopp-Vertrags und eine Nulllösung bei den taktischen Nuklearwaffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon früh dafür plädiert, Barack Obama beim Wort zu nehmen, der mehrfach öffentlich betont hat, dass er einen grundlegenden Richtungswechsel in der Atomwaffenpolitik will. Die Vision einer atomwaffenfreien Welt muss gestärkt und schnell durch konkrete nukleare Abrüstungsschritte der USA und Russlands vorangetrieben werden. Dies ist wiederum die Voraussetzung, um der Weiterverbreitung nuklearer Waffen einen weiteren Riegel vorzuschieben.